



Kinderbetreuung - DIE LINKE. fordert bessere Ausbildung und Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher

Pressemitteilung von Klaus Ernst, 12. Februar 2007

Zur Debatte um den Ausbau der Kinderbetreuung für Unter-Dreijährige erklärt der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., Klaus Ernst:

DIE LINKE. unterstützt den Vorschlag Ursula von der Leyens, die Betreuung von Unter-Dreijährigen auszubauen. Leider haben sowohl Union als auch SPD den dringend notwendigen Ausbau der Betreuungsangebote in den letzten 30 Jahren verschlafen. Wer heute noch behauptet, dass frühkindliche Bildung und Betreuung in Kindergärten schlecht für Kinder sei, sollte einen Blick über den Tellerrand werfen und sich die positiven Erfahrungen in Skandinavien oder Frankreich anschauen.

"Für die Kinder nur das Beste" bedeutet aber auch, die Qualität der Kinderbetreuung in den Blick zu nehmen: Eine gute Kinderbetreuung erfordert eine gute Ausbildung und vernünftige Arbeitsbedingungen für die Erzieherinnen und Erzieher. Die Politik der

Großen Koalition geht hier in die völlig falsche Richtung. Sie tut nichts gegen die zunehmende Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse von Erzieherinnen und Erzieher. Im Gegenteil: Mit dem Plan der Bundesregierung, den Ausbau der Kinderbetreuung über schlecht bezahlte und sozial kaum abgesicherte Tagesmütter zu realisieren, würden die Arbeitsbedingungen im Erziehungsbereich weiter verschlechtert. Wer so leichtfertig mit der Qualität der Kinderbetreuung umgeht, muss sich fragen lassen, ob er wirklich das Beste für unsere Kinder tut.

DIE LINKE. fordert einen Ausbau der Kindertagesbetreuung auf hohem fachlichem Niveau und in öffentlicher Verantwortung. Dazu gehört die Schaffung von regulären sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Ein Preisdumping auf dem Rücken der Beschäftigten lehnt DIE LINKE. entschieden ab. Qualität und Quantität müssen beim Ausbau der Kinderbetreuung Hand in Hand gehen. Unter dieser Voraussetzung kann die Bundesfamilienministerin auch mit der Unterstützung unserer Fraktion rechnen. Das Geld dafür ist da. Die Bundesregierung muss nur endlich einen grundsätzlichen Kurswechsel in ihrer Steuerpolitik vornehmen.